GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Handlungsbedarf bleibt. Die Wahlen zum Europaparlament :

Klein, Uta

2009

https://doi.org/10.25595/1731

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klein, Uta: *Handlungsbedarf bleibt. Die Wahlen zum Europaparlament :* , in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 13 (2009) Nr: 2, 117-122. DOI: https://doi.org/10.25595/1731.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Verlag Barbara Budrich.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Handlungsbedarf bleibt: Die Wahlen zum Europaparlament

UTA KLEIN

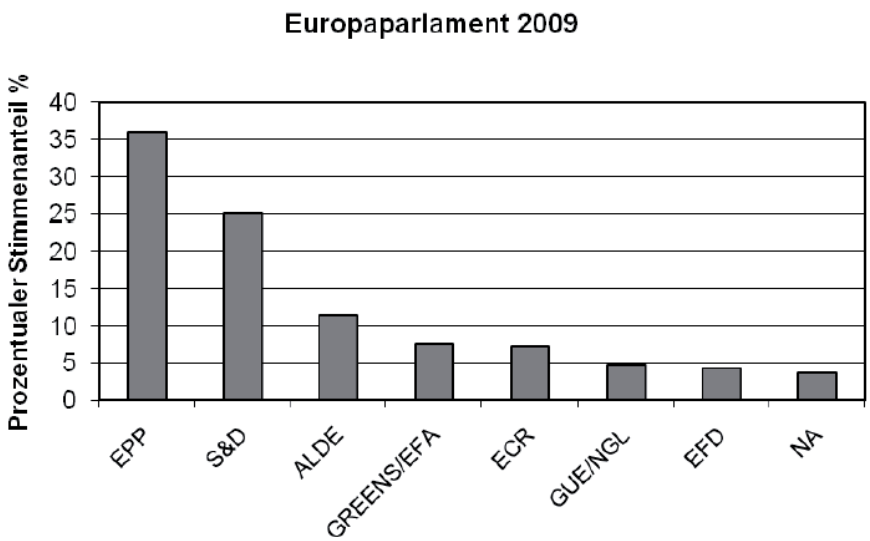
Vorweg gesagt: Angesichts der Weltwirtschaftskrise und der zunehmenden Verschuldung der EU-Mitgliedstaaten dürfte es insgesamt für soziale Fragen sowie für die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik schwieriger werden als bisher. Gut, dass die europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien zur Chancengleichheit bereits in der vergangenen Legislaturperiode (2004-2009) verabschiedet wurden und damit die Vorgaben zur Gleichstellung der Geschlechter über den Arbeitsmarkt hinaus (wie die sogenannte „Unisex-Richtlinie“) sowie das eindeutige Diskriminierungsverbot direkter und indirekter Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Alter, Religion/Weltanschauung, ethnischer Herkunft, Behinderung und sexueller Orientierung für die Mitgliedstaaten rechtlich bindend sind.
Im Europäischen Parlament (EP) sind durch die Wahlen im Juni 2009 jedenfalls keine neuen Mehrheiten entstanden. Über eine absolute Mehrheit verfügen weder die Konservativen noch die Sozialdemokraten in Kooperation mit den Grünen oder der Linken. Die Größe der rechtsextremen Parteien ist in etwa gleich geblieben.
Die Bevölkerung misst dem Europaparlament – im Gegensatz zum tatsächlichen Einfluss der europäischen Politik auf die nationalstaatliche Politikebene – eine geringe Bedeutung zu. Die Wahlbeteiligung war in Deutschland mit 43,3 Prozent etwa so hoch wie 2004 (43%), aber niedriger als 1999 (45,2%). Damit entspricht die Wahlbeteiligung in Deutschland dem Durchschnitt in der Europäischen Union (EU). Die sinkende Bedeutung der EU aus Sicht der Bevölkerung zeigt sich an der seit den ersten Wahlen zum Europäischen Parlament stetig sinkenden Wahlbeteiligung: Während 1979 noch 62 Prozent der Wahlberechtigten an die Urne gingen, waren es 1994 noch knapp 57 Prozent, 1999 dann nur noch knapp 50 Prozent und in diesem Jahr lediglich 43,1 Prozent (Europäisches Parlament 2009).

Kräfteverhältnisse im Europäischen Parlament

Auch in der nächsten Legislaturperiode bleiben die Konservativen im Parlament die stärkste Kraft, der Stimmenanteil der „Fraktion der Europäischen Volkspartei“ (Christdemokraten) (EPP) beträgt rund 36 Prozent (Graphik 1). Extreme Verluste sind bei den sozialdemokratischen Parteien zu verzeichnen – zwischen der EPP und der neu gebildeten „Fraktion der progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament“ (S&D) liegen 81 Plätze Abstand. Deutlich gewonnen haben die Grünen (Zuwachs um 1,7%, Fraktion der Grünen 55 Sitze). Die französischen Abgeordneten konnten ihre Zahl von sechs auf 14 Sitze erhöhen und auch die deutschen, niederländischen und österreichischen Grünen haben zwei Sitze mehr als zuvor. Die Rechtspopulisten und Rechtsextremisten haben wie erwartet

von der geringen Wahlbeteiligung profitiert, dies vor allem, aber nicht nur in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Gerade hier haben sie jedoch die wirtschaftliche Verunsicherung für ihre antisemitische und rassistische Propaganda genutzt.

Graphik 1: Sitze der Fraktionen im Europaparlament



Quelle: http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/de/index_de.html (13.7.2009).

EPP: Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten); S&D: Fraktion der progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament; ALDE: Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa; GREENS/EFA: Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz; ECR: Europäische Konservative und Reformisten; GUE/NGL: Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke; EFD: Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie; NA: Fraktionslos

Unter den Rechten sind Gestalten wie der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Nick Griffin, der Vorsitzende der „British National Party", oder aber drei Abgeordnete der ungarischen Partei „Jobbik" (das sind 15 Prozent der Stimmen, nur 2 Prozent weniger als die Sozialdemokraten in Ungarn!), die die romafeindliche Miliz „Ungarische Garde" aufstellte. Auch die „Partij voor de Vrijheid", islamfeindliche Partei unter Geert Wilders, wird im EP vertreten sein. Zu bedenken ist aber, dass gleichzeitig z.B. die französische „Front National" nur noch über 3 statt wie vorher 7 Abgeordnete verfügt und die „Liga der Polnischen Familien" (LPR), die zuvor 10 Sitze hatte, nun gar nicht mehr vertreten ist.

Die Fraktionen haben sich außerdem zum Teil neu gebildet: Die Sozialdemokraten konnten durch ihre Namensänderung (von „Sozialdemokratische Fraktion" zur „Fraktion der progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europä-

ischen Parlament“) die Abgeordneten der italienischen „Demokratischen Partei“ (PD) gewinnen und sind dadurch prozentual leicht gewachsen. Die Rechtsaußen-Abgeordneten haben die neue Fraktion „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFD) gebildet.
Die Verteilung der Stimmenzahl und der 99 Sitze Deutschlands sieht folgendermaßen aus: Die CDU kommt (in der EPP-Fraktion zusammen mit der CSU) auf 42 Sitze, die SPD (PES) auf 23, die Grünen (Greens) als drittstärkste Kraft auf 14, die FDP (ALDE) auf 12 und die Linke (GUE/NGL) auf acht Sitze.

Frauen im Europäischen Parlament

Der durch die Wahlen 2009 um knapp 4 Prozent auf insgesamt 35 Prozent gestiegene Frauenanteil im Parlament kann wahrlich nicht als Erfolg gefeiert werden. 1999 hatte der Frauenanteil bereits 30 Prozent erreicht, und der 40%-Anteil, der von den 47 Mitgliedstaaten des Europarats als erstrebenswert bezeichnet wurde, geschweige denn eine geschlechtergerechte 50/50-Aufteilung liegen in weiter Ferne. Margot Wallström, Vizepräsidentin der Kommission, merkte denn auch an, dass nur eine Quote in allen Mitgliedstaaten die De-facto-Diskriminierung von Frauen beenden könne, auch wenn einige Politiker sich Quoten offenbar lediglich für Fischfang vorstellen könnten.
Interessant ist mal wieder, welche Länder den Frauenanteil nach oben und welche ihn nach unten drücken (Tabelle 1). Finnland bringt einen phänomenalen Frauenanteil von 62 Prozent und Schweden einen Anteil von 56 Prozent Frauen mit. Zu den Ländern mit einem Frauenanteil von immerhin über 40 Prozent gehören Estland (50%), die Niederlande (48%), Dänemark (46%), Frankreich (44%) und Bulgarien (47%). Es folgt die Gruppe mit einem Anteil von 30 bis 40%: Hierzu zählen Lettland und die Slowakei (je 38%), Deutschland mit 37%, Spanien mit 36%, Griechenland mit 32% und Österreich mit 31%. Italien, Litauen und Irland sind mit einem Frauenanteil von nur 25% vertreten, Polen mit 22% und Malta hat es auch diesmal fertig gebracht, dass keine einzige weibliche Abgeordnete vertreten ist.
Auch wenn sich die Zahl der deutschen Parlamentarierinnen in Europa erhöht hat, ist das Ergebnis sicher kein Ruhmesblatt. Seit 1994 stagniert der Frauenanteil mehr oder weniger bei rund 35%. 1999 betrug er schon einmal 37%, sackte dann aber 2004 wieder auf 33% ab. Wie auch auf Bundesebene ist es wie immer das Verdienst der Grünen, den Frauenanteil nach oben zu drücken (Tabelle 2). Auch die Linke besetzt jeweils die Hälfte der Plätze mit Frauen bzw. Männern.

Tabelle 1: Sitze nach Ländern – Aufschlüsslung nach Geschlechtern

	Männer (%)	Frauen (%)
BE	64	36
BG	59	41
CZ	82	18
DK	54	46
DE	63	37
EE	50	50
IE	75	25
EL	68	32
ES	64	36
FR	56	44
IT	79	21
CY	67	33
LV	62	38
LT	75	25
LU	83	17
HU	64	36
MT	100	0
NL	52	48
AT	59	41
PL	78	22
PT	64	36
RO	64	36
SI	71	29
SK	62	38
FI	38	62
SE	44	56
UK	67	33

Quelle: http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/elections2009/en/men_women_en.html (13.7.2009)

Tabelle 2: Frauen-/Männeranteil der deutschen Parteien im Europaparlament

	Gesamt	Männer	Frauen	Männer in %	Frauen in %
CDU	34	26	8	76	24
CSU	8	5	3	62,5	37,5
SPD	23	13	10	56,5	43,5
Grüne	14	7	7	50	50
FDP	12	7	5	58	42
Linke	8	4	4	50	50
Gesamt	99	62	37	63	37

Quelle: Eigene Berechnung

Akteurinnen und Ausschüsse

Deutschland verliert in der neuen Legislaturperiode zwei sehr profilierte Politikerinnen für Frauenpolitik und Gleichstellung: Lissy Gröner (SPD) und Hiltrud Breyer (Grüne). Beide waren nicht nur parlamentarisch treibende Kräfte, sondern auch durch ihre Kooperation mit Lobbygruppen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus dem frauen- und gleichstellungspolitischen Bereich wichtige Ansprechpartnerinnen.

Von den neuen Abgeordneten hat sich Franziska Katharina Brantner (Grüne) im Bereich Frauenrechte, Menschenrechte und Antidiskriminierungsschutz engagiert und sitzt als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss „Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter" (FEMM). Nach wie vor ist bei den Grünen auch Elisabeth Schrödter vertreten, die zur europäischen Sozialpolitik arbeitet. Als Mitglied im FEMM-Ausschuss ist zudem die Landesvorsitzende der Frauen-Union Bayern zu nennen, die CSU-Abgeordnete Angelika Niebler; als stellvertretende Mitglieder zwei deutsche CDU-Abgeordnete und eine Abgeordnete der Linken. Ob die deutsche SPD den Bereich Geschlechterpolitik wirkungsvoll vertritt, ist nach dem Ausscheiden von Lissy Gröner hingegen mehr als fraglich. Den Vorsitz für den FEMM-Ausschuss hat Eva-Britt Svensson inne, die für die schwedische Vänsterpartei (Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) seit 2004 im Parlament sitzt.

Rechtsnationale Parteien und eine ganze Reihe von Abgeordneten aus den stark katholisch geprägten Ländern Portugal, Polen und Irland werden zu den bremsenden Kräften der Gleichstellungspolitik gehören. Sie hatten sich mehrfach mit Aktionen gegen das Abtreibungsrecht und gegen die Besserstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften hervorgetan.

Die nächsten Schritte

Für die gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen ist nun in den nächsten Monaten die Besetzung der EU-Kommission entscheidend. Hier ist noch Zeit, bei der

„50-50-Kampagne“ der European Women’s Lobby mitzumachen. Der praktikable Vorschlag sieht vor, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, 2009 je eine Frau und einen Mann für das Amt des Kommissars/der Kommissarin vorzuschlagen, und der Präsident oder die Präsidentin die Auswahl für die endgültigen Positionen unter Berücksichtigung einer Gender-Balance vornehmen müsste (www.5050democracy.eu).

Zudem werden – sofern der Vertrag von Lissabon realisiert wird – 2009 vier EU-Spitzenämter besetzt: jeweils der Präsident/die Präsidentin des Europäischen Rates, der Kommission, des Europäischen Parlaments und der/die hohe Repräsentant/Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik. Zwölf Europaabgeordnete haben in diesem Zusammenhang einen Aufruf verfasst: „Wir rufen die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten gemeinsam mit der französischen Ratspräsidentschaft dazu auf, sicherzustellen, dass das Berufungsverfahren für den Präsidenten des Europäischen Rates, den Präsident der Kommission und den hohen Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik offen, transparent und geschlechtergerecht ist. Wir rufen dazu auf, mindestens eine Frau für eines der EU-Spitzenämter zu berufen“ (www.send2women.eu; Übers. U.K.).

Inhaltlich hatte das Europäische Parlament kurz vor dem Ende der Legislaturperiode unter deutlichem Widerstand (u.a. auch von Kommissionspräsident Barroso und im Rat von Seiten Deutschlands) noch die fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie verabschiedet, d.h. konkret handelte es sich um Änderungsvorschläge für den Richtlinienentwurf zum Schutz vor Diskriminierung aufgrund des Alters, einer Behinderung, der Religion oder Weltanschauung sowie der sexuellen Orientierung außerhalb von Beschäftigung und Beruf. Mit dieser Richtlinie können bestehende Lücken im Antidiskriminierungsrecht geschlossen werden. Nicht erreicht werden konnte allerdings, dass bei der Anerkennung des Ehe- und Familienstatus kein Unterschied mehr zwischen homosexuellen und heterosexuellen Paaren gemacht wird. Zwar muss der Rat nun für einen Gesetzestext die Parlamentsvorschläge berücksichtigen – der Parlamentsbeschluss ist auch für das neue EP bindend und die Kommission legt einen geänderten Richtlinienentwurf vor –, aber es hängt sowohl von der Zusammensetzung der Kommission als auch von dem Interesse des Parlamentes an dieser Frage ab, wie der Text letztlich lauten wird.

Insgesamt steht sowohl für die Durchsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen als auch für die notwendigen inhaltlichen Aufgaben in der Geschlechter- und Antidiskriminierungspolitik die Aufgabe an, die Wirtschaftskrise als Chance zu begreifen und die Geschlechterverhältnisse als zentrale Frage auf der Agenda zu platzieren.

Literatur

Europäisches Parlament, Informationsbüro für Deutschland, 2009: Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1979 bis 2009 – Übersicht des Europäischen Parlamentes. Internet: www.europarl.de/view/de/Europawahl/Wahlergebnisse/Wahlbeteiligung-EU.html (12.9.2009).